
Vorsitz: Ukraine

950. PLENARSITZUNG DES FORUMS

1. Datum: Mittwoch, 1. Juli 2020 (über Videokonferenz)

Beginn: 10.00 Uhr

Unterbrechung: 13.00 Uhr

Wiederaufnahme: 15.00 Uhr

Schluss: 15.50 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter Y. Tsymbaliuk

Zur Geschäftsordnung: Russische Föderation, Vorsitz, Vereinigtes Königreich

Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnerte der Vorsitzende das FSK an die technischen Modalitäten für die Durchführung von Sitzungen mittels Videokonferenztechnik während der COVID-19-Pandemie (FSC.GAL/37/20 OSCE+).

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: SICHERHEITSDIALOG ZUM WIENER
DOKUMENT 2011

– *Vortrag von Generalleutnant L. Holopatiuk, Leiter der Hauptabteilung
Militärische Zusammenarbeit und Verifikation der Streitkräfte der Ukraine*

– *Vortrag von J. Huovinen, FSK-Koordinator für das Wiener Dokument*

Vorsitz, Generalleutnant L. Holopatiuk, FSK-Koordinator für das Wiener Dokument (Schweden), Vereinigte Staaten von Amerika, (Anhang 1) (FSC.DEL/145/20), Deutschland – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Liechtenstein; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (Anhang 2), Georgien (FSC.DEL/143/20 OSCE+), Vereinigtes Königreich (FSC.DEL/146/20 OSCE+), Kanada, Armenien, Schweiz, Türkei

(FSC.DEL/150/20 OSCE+), Ungarn, Russische Föderation (Anhang 3),
Ukraine

Zur Geschäftsordnung: Russische Föderation, Vorsitz

Punkt 2 der Tagesordnung: **BESCHLUSS ÜBER DAS ZWEITE ZWEI-
JÄHRLICHE TREFFEN ZUR BEURTEILUNG DER
UMSETZUNG DER OSZE-DOKUMENTE ÜBER
KLEINWAFFEN UND LEICHTE WAFFEN UND
ÜBER LAGERBESTÄNDE KONVENTIONELLER
MUNITION**

Vorsitz

Beschluss: Das FSK verabschiedete den Beschluss Nr. 3/20 (FSC.DEC/3/20) über das zweite Zweijährliche Treffen zur Beurteilung der Umsetzung der OSZE-Dokumente über Kleinwaffen und leichte Waffen und über Lagerbestände konventioneller Munition; der Wortlaut des Beschlusses ist diesem Journal beigelegt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN**

- (a) *Zur fortgesetzten Aggression gegen die Ukraine und rechtswidrigen Besetzung der Krim durch Russland:* Ukraine (FSC.DEL/153/20) (FSC.DEL/153/20/Add.1), Deutschland – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (FSC.DEL/149/20), Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich (FSC.DEL/147/20 OSCE+), Kanada
- (b) *Zur Lage in und um die Ukraine:* Russische Föderation, Vereinigte Staaten von Amerika, Ukraine

Punkt 4 der Tagesordnung: **SONSTIGES**

- (a) *Protokollarische Angelegenheiten:* Polen, Vorsitz
- (b) *Unterrichtung über die 87. Sitzung der OSZE-Kommunikationsgruppe am 24. Juni 2020 (FSC.GAL/69/20):* Vertreter des Konfliktverhütungszentrums
- (c) *OSZE-Bericht 2020 an das Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen (UNODA) über die Umsetzung des Aktionsprogramms der Vereinten Nationen zu Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) und seines Internationalen Rückverfolgungsinstrumentes für den Zeitraum 2018 – 2019 (SEC.GAL/88/20):* Vertreter des Konfliktverhütungszentrums (Anhang 4)
- (d) *Verschiebung des Regionalseminars zum Verhaltenskodex der OSZE zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit, das vom 31. August bis 2. September 2020 in Tirana stattfinden sollte:* FSK-Koordinator für den

Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit
(Rumänien)

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 8. Juli 2020, um 10.00 Uhr, über Videokonferenz

950. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 956, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Danke, Herr Vorsitzender.

Ich danke Ihnen, dass Sie die heutige Diskussion angesetzt haben, und danke auch unseren verehrten Rednern für ihre außerordentlich wichtigen und sachdienlichen Informationen und dafür, dass sie dargelegt haben, weshalb wir diese Diskussion über das Wiener Dokument führen und auf welche Grundlagen sie sich stützt; es gibt eine militärische Begründung, weshalb dieses Dokument notwendig ist.

Leider haben wir – zum Teil wegen der COVID-19-Pandemie – seit dem gemeinsamen Modernisierungsvorschlag für das Wiener Dokument im vergangenen Herbst im FSK keine zielgerichtete Diskussion über die Modernisierung des Wiener Dokuments mehr geführt. Mit dem heutigen Treffen können wir beginnen, diese Lücke zu füllen.

Natürlich waren wir inzwischen nicht alle untätig – die Miteinbringer des Vorschlags haben monatelang in der Arbeitsgruppe A den Vorschlag kapitelweise präsentiert und diese Initiative im Detail erläutert – und wir laden unsere Kollegen ein, sich mit der breiten Palette substanzieller Vorschläge für Transparenz und Risikominderung des Vorschlags auseinanderzusetzen. Ich glaube, es ist kein Geheimnis, wofür das Dokument gedacht ist und welche Ziele es erreichen soll. Erst kürzlich hat die ungarische Delegation ein Arbeitspapier mit einem detaillierten Überblick über die vorgeschlagenen Aktualisierungen des Wiener Dokuments zur Verteilung gebracht.

Der heutige Vortrag, der von der Russischen Föderation mit den Worten „Bleiben wir beim Thema des Wiener Dokuments“ unterbrochen wurde – dieser Vortrag ist der Grund für das Wiener Dokument. Die Geschichte Europas zeigt uns, dass ein Konflikt, der in einem Land ausbricht, kein begrenzter Konflikt bleiben kann. Der Grund für das Wiener Dokument ist, zu verhindern, dass erneut ein europaweiter Konflikt ausbricht.

Unser Forum hat wohl keinen größeren Beitrag zur Vertrauens- und Sicherheitsbildung geleistet als das Wiener Dokument. Wir zählen es zu den wichtigsten Beiträgen der OSZE im militärisch-politischen Bereich. Es war jedoch nie beabsichtigt, dass das Wiener Dokument keine Veränderung erfahren sollte. Von Anfang an war diese vertrauensbildende Maßnahme als ein sich entwickelndes Dokument gedacht, das regelmäßig aktualisiert werden

sollte, um mit den Veränderungen im Sicherheitsumfeld und unseren sich verändernden Streitkräftestrukturen Schritt zu halten. Die Tatsache, dass wir noch immer das Wiener Dokument 2011 umsetzen – was sich nur wenig vom Wiener Dokument 1999 unterscheidet – ist ein Rücktritt von unserer kollektiven Verantwortung. Diese Überlegung richtet sich nicht an diejenigen, die das Dokument umsetzen – sie führen die Bestimmungen des Wiener Dokuments weiter wie vorgeschrieben aus. Diese Überlegung betrifft vielmehr uns selbst und den nachweislichen Mangel an politischem Willen, in Europa wieder militärische Transparenz herzustellen.

Dies ist besonders deshalb besorgniserregend, weil alle hier vertretenen Regierungen regelmäßig beklagen, dass sich das europäische Sicherheitsumfeld seit 2011 deutlich verschlechtert habe. Wir alle müssen uns eingestehen, dass es heute eine Vertrauenskrise in Europa gibt. Die meisten von uns sind sich dessen bewusst, dass es größerer gegenseitiger militärischer Transparenz und Verminderung der Risiken bedarf, um ein Mehr an Stabilität und Berechenbarkeit zu erreichen. Das sind große Worte – dieselben Worte, die wir oft im Format des strukturierten Dialogs hören. Es ist höchste Zeit, dass wir den Worten Taten folgen lassen, und genau das wird mit dem umfassenden gemeinsamen Vorschlag angestrebt. Keine der darin enthaltenen Maßnahmen ist neu – wir sprechen nun schon seit Jahren über sie und was sie bezwecken:

- Senkung der Schwellen für die vorherige Ankündigung und die Beobachtung großer militärischer Aktivitäten
- eine bescheidene Erhöhung der Zahl der Inspektoren und Überprüfungen
- eine bescheidene Erhöhung der Gruppengröße, wie das die Russische Föderation bereits früher vorgeschlagen hat
- Schritte zur Erleichterung der Informationsbeschaffung bei ungewöhnlichen militärischen Aktivitäten
- größere Transparenz in Bezug auf groß angelegte militärische Aktivitäten, die ohne vorherige Bekanntgabe an die beteiligten Truppen durchgeführt werden.

Insgesamt skizziert der gemeinsame Vorschlag einen ausgewogenen Weg in die Zukunft und einen Ausgangspunkt für Verhandlungen, falls Verhandlungen erforderlich sind.

Warum also sind derzeit keine Verhandlungen im Gange? Auf dem Ministerratstreffen in Bratislava schloss sich die überwältigende Mehrheit der Teilnehmerstaaten einer Erklärung an, in der wir unsere Entschlossenheit zum Ausdruck brachten, den Prozess der Modernisierung des Wiener Dokuments konstruktiv zu unterstützen, um bis zum Ministerratstreffen in Tirana im Jahr 2020 substanzielle Fortschritte zu erzielen. Die meisten Teilnehmerstaaten haben die Forderung nach einer Modernisierung des Wiener Dokuments im Rahmen des Strukturierten Dialogs und der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz wiederholt; sie betrachten dies als einen wirkungsvollen ersten Schritt zum Wiederaufbau des Vertrauens und zur Förderung von Transparenz.

Was ist also die Ursache für die Verzögerung? Was hindert uns daran, uns durch das Dokument zu arbeiten, sorgfältig einige Bereiche zu ermitteln, die wir verbessern wollen, und

Wege zu ermitteln, wie wir das verwirklichen können? Die Grundlage des Wiener Dokuments ist, dass die Staaten einander die Sicherheit geben wollen, dass es am Schauplatz Europa keine aggressiven Absichten in Richtung eines allgemeinen Konflikts gibt. Wer verabsäumt sich dafür zu engagieren, sendet die Botschaft aus, dass er eigentlich die Absicht hat, eine Destabilisierung herbeizuführen. Das Ergebnis sind logischerweise Abwehrmaßnahmen, die in der Russischen Föderation Besorgnis auslösen. Das Wiener Dokument soll hier Beruhigung bringen, solange wir das noch können.

Einige führen die zu nachlässige Einhaltung der bestehenden Verpflichtungen aus dem Wiener Dokument durch die Staaten als Grund dafür an, sich nicht auf die Modernisierung einzulassen. Es steht außer Frage, dass das Wiener Dokument nach Geist und Buchstaben vollständig umgesetzt werden sollte. Modernisierung und bessere Umsetzung sind eigentlich zwei Seiten ein und derselben Medaille – eine Aktualisierung des Wiener Dokuments wird Lücken füllen oder Ausnahmen beseitigen, die sich in der aktuellen Fassung finden. Wenn ein Staat beispielsweise keine militärischen Maßnahmen und Übungen über den derzeitigen Schwellen notifiziert oder so genannte „Alarmierungsübungen“ durchführt, würden Aktualisierungen des Wiener Dokuments, wie die Senkung der Ankündigungsschwellen und die Gewährleistung einer größeren Transparenz von nicht vorher angekündigten Übungen, die Messlatte für die Umsetzung höher legen.

Andere behaupten, der gemeinsame Vorschlag sei nicht umfassend genug und sollte andere Vorschläge einschließen. Wieder andere argumentieren, dass er zu umfassend sei und dass sie bestimmte Elemente mittragen könnten, andere aber nicht. Wie wir bereits erwähnt haben, sollte der gemeinsame Vorschlag als Ausgangsbasis für Verhandlungen dienen und die Elemente umfassen, die die größte Unterstützung haben; dies soll andere Ideen nicht ausschließen, die im Laufe der Verhandlungen ventiliert werden können – wenn es tatsächlich darum gehen sollte, die Angschwelle auf dem europäischen Kontinent zu senken. In gleicher Weise können Elemente des gemeinsamen Vorschlags im Laufe der Verhandlungen geändert oder angepasst werden – aber dazu müssen Verhandlungen erst einmal beginnen. Der gemeinsame Vorschlag ist ein Ausgangspunkt, kein Endpunkt für Verhandlungen.

Nun haben wir gehört, dass Elemente des Vorschlags auf rein freiwilliger Basis umgesetzt werden sollten, oder dass wir uns in der Zwischenzeit auf andere Transparenzmaßnahmen und vorbildliche Verfahren konzentrieren sollten. Wir sind nicht gegen eine solche freiwillige Transparenz, aber sie ist kein Ersatz für das, was fehlt – gegenseitige vertrauensbildende Maßnahmen auf Grundlage verbindlicher Verpflichtungen – das ist der Kernpunkt unserer Besorgnis in Bezug auf Sicherheit. Nicht auf Gegenseitigkeit beruhende Transparenz schafft nur Vertrauen unter denen, denen wir bereits vertrauen, und bei denen, die bereit sind, sich an den höheren Standard zu binden.

Einige äußern mehr „politische“ Vorbehalte. Was wir heute führen, ist eine politische, nicht nur eine militärische Diskussion. Einige äußern politische Vorbehalte mit der Begründung, dass sie zwar die Modernisierung im Prinzip unterstützen, aber keinen Teilnehmerstaat isolieren wollen. Um es klar zu sagen: Wir versuchen nicht, irgendjemanden zu isolieren, sondern wir versuchen, jeden einzubinden. Wenn Sie glauben, dass wir die militärische Transparenz erhöhen müssen, um Risiken zu verringern und das Vertrauen wiederherzustellen, dann ist Engagement der einzige Weg, um das zu erreichen. Die Modernisierung des Wiener Dokuments ist eine offene Tür für das Engagement aller Länder Europas.

Am beunruhigendsten ist diese „prinzipielle“ Ablehnung einer Modernisierung des Wiener Dokuments, die von der Prämisse ausgeht, dass zuerst bestimmte „äußere“ Schritte erfolgen müssten. Derartige Vorbedingungen werden schon seit Langem vorgebracht. Derzeit wird argumentiert, dass – bevor wir über die Modernisierung des Wiener Dokuments diskutieren können – die NATO ihre politische und ihre Abschreckungshaltung in Bezug auf Russland ändern muss. Tatsache ist, dass die NATO eine konstruktivere Beziehung zu Russland begrüßen würde; in der Tat ist eine solche Beziehung notwendig. Aber die NATO wird Versuche, die Grenzen Europas mit Gewalt neu zu ziehen, weder dulden, noch akzeptieren oder für rechtfertigen erklären. Besorgnisse hinsichtlich Übungen und Haltung – auch der NATO und Russlands – könnten durch eine Modernisierung des Wiener Dokuments ausgeräumt werden. Wenn diese Besorgnisse auch tatsächlich ausgeräumt werden sollen. Gegenseitige Vertrauensbildung durch Senkung der Ankündigungsschwellen, Vermehrung der Inspektionsmöglichkeiten und andere Vorschläge gelten für die Streitkräfte der NATO ebenso wie für jene von Nicht-NATO-Staaten. Um nichts anderes geht es bei Gegenseitigkeit.

Wenn Russland über die Aktivitäten der NATO besorgt ist, dann ist die Modernisierung des Wiener Dokuments eine Möglichkeit, diese Besorgnisse zu zerstreuen. Die Frage ist, ob die Russische Föderation sich zu gegenseitiger Transparenz bekennt oder nicht. Wenn ja, dann laden wir Russland ein, sich mit uns an der Aktualisierung des Wiener Dokuments zu beteiligen. Wenn dieses Bekenntnis nicht auf Gegenseitigkeit beruht, heißt das, dass wir annehmen müssen, dass Russland der Ansicht ist, dass weniger Transparenz und Vertrauensbildung in seinem nationalen Interesse liegen? Ist das Teil der Strategie Russlands, asymmetrische Vorteile anzustreben (wie mit Desinformation oder hybriden Maßnahmen)? Vielleicht versucht Russland, unter dem Deckmantel massiver „Alarmierungsübungen“ sich die Fähigkeit zur Durchführung destabilisierender militärischer Operationen zu erhalten?

Ich hoffe, dass die führenden Politiker in Moskau diese Botschaft heute hören. Sich nicht zu engagieren, ist auch eine – wengleich vermutlich unbeabsichtigt gesendete – Botschaft, die eine Absicht erkennen lässt, die sicher zu Besorgnis Anlass gibt, worüber wir heute offen sprechen.

Offen gesagt haben wir genug Zeit damit vergeudet, über Grundsatzpositionen zu streiten, anstatt uns in die inhaltliche Arbeit dieses Forums zu vertiefen: die Aktualisierung des Wiener Dokuments. Wir alle wissen, dass die vollständige Umsetzung und Modernisierung des Wiener Dokuments einer der wirksamsten Schritte ist, die wir zur Erhöhung der Sicherheit und Transparenz in der gesamten OSZE-Region setzen können. Wir alle wissen, dass es die besondere Verantwortung dieses Forums ist, substantielle Verhandlungen über die Aktualisierung des Wiener Dokuments zu führen. Wir sollten uns dieser Verantwortung in den Monaten, die uns noch bis zum Treffen des Ministerrats in Tirana bleiben, nicht entziehen.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche um Beifügung dieser Erklärung zum Journal des Tages.

950. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 956, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER VERTRETUNG DER EUROPÄISCHEN UNION**

Die Delegation Deutschlands übergab als EU-Vorsitzland das Wort an die Vertretung der Europäischen Union, die folgende Erklärung abgab:

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten möchten dem Vorsitz sowie dem Koordinator und den Hauptreferenten für diese nützliche Gelegenheit danken, die Umsetzung und Modernisierung des Wiener Dokuments 2011 zu erörtern und zu bewerten.

Wir bedauern, dass dieser Sicherheitsdialog vor dem Hintergrund der anhaltenden Konflikte im OSZE-Raum stattfindet. Das siebte Jahr in Folge stellen die Aggressionen Russlands gegen die Ukraine und ihre rechtswidrige Annexion der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol weiterhin eine Herausforderung für die europäische Sicherheit dar und geben Anlass zu ernster Besorgnis. Wir bekräftigen unsere volle Unterstützung für die internationalen diplomatischen Bemühungen im Rahmen des Normandie-Formats und der Trilateralen Kontaktgruppe, dieser Besorgnis Rechnung zu tragen. Dies ruft uns den entscheidenden Wert der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen, insbesondere der im Wiener Dokument 2011 verankerten, in Erinnerung und unterstreicht diesen. Sie müssen vollständig und nach Treu und Glauben umgesetzt und angemessen modernisiert werden, damit den Herausforderungen des gegenwärtigen europäischen Sicherheitsumfelds durch mehr Transparenz und Berechenbarkeit besser begegnet werden kann.

Das umfassende und kooperative Sicherheitskonzept der OSZE mit seinem Schwerpunkt auf konventioneller Rüstungskontrolle, vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen, Abrüstung und Nichtverbreitung stellt ein wichtiges Element unserer gemeinsamen Sicherheit dar. Diese grundlegenden und dauerhaften Verpflichtungen bieten systemimmanente und präventive Mittel zur Verbesserung der Berechenbarkeit und Transparenz. Auf diese Weise können sie zur Verminderung militärischer Risiken und Fehleinschätzungen beitragen, zu einem besseren Verständnis von Bedrohungswahrnehmungen führen und Vertrauen zwischen den Teilnehmerstaaten schaffen.

Wichtige Vereinbarungen in diesem Bereich, darunter das Wiener Dokument, der Vertrag über den Offenen Himmel und der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa, bringen uns schon seit vielen Jahren wichtige Sicherheitsgewinne. Konventionelle

Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen bleiben entscheidende Instrumente. Wir unterstützen die Beibehaltung dieser Instrumente sowie die Bemühungen um die Lösung noch offener Fragen im Zusammenhang mit der Einhaltung und Umsetzung dieser Instrumente, die sich gegenseitig ergänzen.

Wir setzen uns weiterhin für die vollständige Umsetzung bestehender Verpflichtungen in der politisch-militärischen Dimension nach Buchstaben und Geist ein und unterstützen nach wie vor die substanzielle Modernisierung des Wiener Dokuments. Wir bekennen uns gleichermaßen zur Weiterentwicklung der konventionellen Rüstungskontrolle, der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen und anderer Instrumente des politisch-militärischen Instrumentariums. Wir betonen die Notwendigkeit, auf ein Umfeld hinzuwirken, das einer Neubelebung der konventionellen Rüstungskontrolle und der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen in Europa förderlich ist.

Wir halten es für dringend erforderlich, dass die Aktivitäten im Rahmen des Wiener Dokuments in naher Zukunft wieder aufgenommen werden. Im Rahmen der COVID-19-Pandemie ist es uns gelungen, die Aussetzung dieser Aktivitäten zu koordinieren, und nun müssen wir weiter zusammenarbeiten, um ihre Umsetzung wieder aufzunehmen.

Wir sind nach wie vor der Ansicht, dass es von entscheidender Bedeutung ist, unser politisch-militärisches Instrumentarium der OSZE, insbesondere das Wiener Dokument, zu modernisieren, um die militärische Stabilität, Transparenz und Vorhersehbarkeit zu erhöhen. Wir sind überzeugt, dass dies allen Teilnehmerstaaten auf lange Sicht mehr Sicherheit bringen würde. Auf einschlägigen OSZE-Treffen haben die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten klar und konsequent eine substanzielle Modernisierung des Wiener Dokuments gefordert. Wir begrüßen und unterstützen alle Vorschläge zu verschiedenen Kapiteln des Wiener Dokuments, die darauf abzielen, seine Bestimmungen zu stärken und es an das gegenwärtige Sicherheitsumfeld anzupassen. In diesem Zusammenhang erachten wir den gemeinsamen Vorschlag für einen Beschlussentwurf für ein Wiener Dokument Plus als eine Chance zur Einleitung konstruktiver Verhandlungen. Wir erachten diesen Vorschlag als positiv. Er spiegelt die gemeinsame Besorgnis über die wachsende Unberechenbarkeit und das zunehmende Misstrauen im europäischen Sicherheitsumfeld sowie die dringende Notwendigkeit wider, diesen Trend umzukehren. Wir gehen davon aus, dass dieser Vorschlag eine positive Dynamik für die Modernisierung des Wiener Dokuments und das Vertrauen, das wir in die OSZE als die maßgebliche Plattform für den gegenseitigen Dialog über Sicherheitsfragen setzen, schaffen soll. Dieser neue Vorschlag wird zusammen mit anderen Vorschlägen eine Grundlage für Verhandlungen bilden, an denen sich alle Teilnehmerstaaten beteiligen können, was eine neuerliche Vertrauensbildung ermöglicht.

Wir fordern alle Teilnehmerstaaten nachdrücklich auf, sich aktiv und konstruktiv an diesen wichtigen Diskussionen zu beteiligen, um die militärische Transparenz zu erhöhen und Risiken zu verringern, indem sie mit uns an der Modernisierung des Wiener Dokuments arbeiten. In dieser Hinsicht legen wir Russland dringend nahe, seine gegenwärtige Position zu überdenken.

Die Bewerberländer Nordmazedonien¹, Montenegro¹ und Albanien¹ und die Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Länder Island und Norwegen sowie die Ukraine, die Republik Moldau, Georgien, Andorra und San Marino schließen sich dieser Erklärung an.

1 Die Republik Nordmazedonien, Montenegro und Albanien nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

950. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 956, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

wir danken Ihnen für die Vorbereitung und Durchführung einer Plenarsitzung zu dem Thema, das im Mittelpunkt des Mandats des Forums steht – dem Wiener Dokument 2011 über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM). Wir danken Oberst Johan Huovinen für seinen ausführlichen Vortrag. Wir möchten General Leonid Holopatiuk darauf hinweisen, dass sein Bericht von der ukrainischen Delegation im FSK bereits mehrfach in verschiedenen Versionen wiederholt wurde. Offensichtlich wurde er davon nicht vorab in Kenntnis gesetzt und erhielt einen alten Text, zu dem wir uns schon mehrfach geäußert haben. Als Berufssoldat ist sich der General vermutlich bewusst, dass die überwiegende Mehrheit der vorgebrachten Punkte weder aus militärischer noch aus sachlicher Sicht der Kritik standhält.

Das heutige Treffen bietet Gelegenheit, die Diskussion über die Lage in der politisch-militärischen Dimension der OSZE fortzusetzen. Diese Diskussion wurde auf der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz begonnen, und wir sehen daher keine Notwendigkeit, zu wiederholen, was bei dieser Veranstaltung gesagt wurde. Die Diskussion zeigte erneut, wie groß das Spektrum der Ansichten zu den Perspektiven für eine Aktualisierung der vertrauensbildenden Maßnahmen nach wie vor ist. Gleichzeitig weisen die OSZE-Teilnehmerstaaten auf die Notwendigkeit hin, die bestehenden Verpflichtungen aus dem Wiener Dokument 2011 nach Treu und Glauben vollständig umzusetzen. Wir glauben, dass in der derzeit schwierigen Lage Fragen der Umsetzung sowohl für militärische Fachleute und Verifikationsexperten als auch für die Delegationen in Wien besondere Priorität haben.

Das breite Spektrum der im Wiener Dokument vorgesehenen Maßnahmen gewährleistet die Offenheit und Vorhersehbarkeit militärischer Aktivitäten, stärkt das Vertrauen und die Sicherheit unter den Teilnehmerstaaten und trägt dazu bei, gefährliche Zwischenfälle militärischer Art zu verhüten. Der darin festgelegte Transparenz- und Kontrollmechanismus ermöglicht ganz allgemein, ziemlich umfassende Informationen über die Streitkräfte der OSZE-Teilnehmerstaaten einzuholen.

Russland steht zur Erfüllung seiner Verpflichtungen im Bereich der Vertrauens- und Sicherheitsbildung nach Treu und Glauben. Im vergangenen Jahr ließ Russland im Rahmen

des Wiener Dokuments drei Inspektionen in einem bezeichneten Gebiet zu, führte 23 derartige Inspektionen durch und ließ auch drei Überprüfungsbesuche zu. Darüber hinaus wurden im Rahmen des Vertrags über den Offenen Himmel 29 Beobachtungsflüge über unserem Territorium durchgeführt. Diese Daten zeigen, dass Russland – was die Zahl der zugelassenen Verifikationsmaßnahmen angeht – der am stärksten kontrollierte OSZE-Teilnehmerstaat ist.

Offensichtlich sind die heute geäußerten Meinungen über die angebliche „Unzulänglichkeit“ der bestehenden Maßnahmen bis zu einem gewissen Grad haltlos und falsch. Es ist besonders befremdlich, dass diese Äußerungen von Teilnehmerstaaten auf einem anderen Kontinent kommen, die dafür bekannt sind, in der gesamten 30-jährigen Geschichte des Wiener Dokuments keinen einzigen Inspektions- oder Überprüfungsbesuch auf ihrem Territorium zugelassen zu haben. Dennoch halten sie sich für befugt, jede Gelegenheit zu nutzen, um anderen Ländern ihre Meinung zu sagen oder Empfehlungen zu erteilen.

Wir möchten den verehrten Vertreter der Vereinigten Staaten von Amerika daran erinnern, dass die Vereinigten Staaten im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts zu den Ländern gehörten, die sich stur gegen die Entwicklung einer Neufassung des Wiener Dokuments stellten. Infolgedessen konnte erst ein Jahr nach dem OSZE-Gipfel von Astana, der 2010 stattfand, eine Einigung erzielt werden. In dieser Zeit bemühte sich Russland gemeinsam mit anderen Teilnehmerstaaten konsequent darum, seine Partner von der Notwendigkeit einer Modernisierung des Wiener Dokuments zu überzeugen, ausschließlich mit diplomatischen Argumenten – und besonders ohne andere der „Desinformation“ und der „Blockierung“ der Verhandlungen zu bezichtigen wie heute unsere US-amerikanischen Kollegen. Wir hoffen, dass auch sie sich an die diplomatische Etikette und den OSZE-Sprachgebrauch halten werden.

Was nun die Modernisierung des Wiener Dokuments anbelangt, so ist unser Ansatz unseren geschätzten Partnern wohlbekannt; er bleibt unverändert und unmissverständlich. Im Zuge dieser Sitzung hat unsere Delegation mehrfach ihren grundsätzlichen Standpunkt erklärt, dass die von der NATO verfolgte Strategie der militärischen „Einhegung“ Russlands, die von den NATO-Ländern verfolgt wird und in den Dokumenten der Allianz festgehalten ist, eine Einigung über die Modernisierung des Wiener Dokuments unmöglich macht. Unserer Meinung nach stehen Sanktionen, Anschuldigungen und die Einschränkung der militärischen Zusammenarbeit in krassem Widerspruch zu einer Politik der Vertrauensbildung im militärischen Bereich.

Was die Initiative von 34 Ländern zur Modernisierung des Wiener Dokuments anbelangt, möchten wir daran erinnern, dass es in der Tradition der OSZE immer solche Vorschläge gegeben hat; diese hatten jedoch ein einigendes Potenzial, anstatt zusätzliche Trennlinien zu schaffen, und wurden nicht zu einer Quelle von Spannungen und Vorwürfen. Die Bestimmtheit, mit der unsere Partner bei jeder einzelnen OSZE-Veranstaltung für ihr „Paket“ von Vorschlägen werben, lässt vermuten, dass es eigentlich als Druckmittel eingesetzt wird. Das ist kontraproduktiv.

Um beginnen zu können, über vertrauensbildende Maßnahmen zu sprechen, müssen die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten ihre militärischen Aktivitäten und die Dislozierung von Streitkräften und Infrastruktur in der Nähe der russischen Grenzen

einstellen und sich zumindest auf Linien von Anfang 2014 zurückziehen. Es ist an der Zeit, dass unsere Partner sich entscheiden – entweder ihre Sicherheit durch die Erhöhung militärischer Fähigkeiten und die Bedrohung Russlands zu stärken oder durch die Entwicklung von Rüstungskontrollinstrumenten auf mehr Sicherheit hinarbeiten. Diese beiden Prozesse sind unvereinbar.

Gegenwärtig stellt sich eine andere Frage: Wie können die NATO-Staaten über die Modernisierung des Wiener Dokuments sprechen, dessen Zweck es ist, für die Transparenz militärischer Aktivitäten zu sorgen, wenn die Vereinigten Staaten – der „Hauptanteilseigner“ des Bündnisses – vom dem Vertrag über den Offenen Himmel zurücktreten, dessen ursprünglicher Zweck gerade darin besteht, diese Transparenz sicherzustellen.

Wir möchten darauf hinweisen, dass mehrere jener Staaten, die Miteinbringer des erwähnten „Pakets“ sind, sich nicht ausreichend um die vollständige Umsetzung der Schlüsselbestimmungen des Wiener Dokuments 2011 kümmern; das betrifft insbesondere die Ankündigung von Erhöhungen der Personalstärke von Truppenteilen und Truppenformationen, einschließlich „nicht aktiver“ Truppenteile und Truppenformationen, sowie die Ankündigung größerer militärischer Aktivitäten unter der Ankündigungsschwelle. Bei den Vorbereitungen zu der Übung „DEFENDER-Europe 20“ wurde auch versucht, die Bestimmungen des Wiener Dokuments 2011 zu umgehen, indem eine große Übung in kleinere aufgeteilt und neutrale Staaten in die Manöver einbezogen wurden.

Herr Vorsitzender,

wir nehmen die geringschätzig Herangehensweise einiger Länder an die Umsetzung der Verpflichtungen im Bereich der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM) zur Kenntnis. So führt die Ukraine seit mehr als sechs Jahren auf ihrem Territorium militärische Aktivitäten durch, an denen bis zu 70.000 Mann und große Mengen an schwerem Gerät beteiligt sind, ohne die im Wiener Dokument vorgeschriebenen Ankündigungen übermittelt und ohne Beobachter in das Gebiet eingeladen zu haben. Im Wesentlichen geht es um die Nichteinhaltung der folgenden Bestimmungen des Wiener Dokuments 2011 durch die Ukraine:

- Absätze 10.3 bis 10.3.3, wonach eine Erhöhung der Personalstärke von Truppenteilen und Truppenformationen oder die vorübergehende Aktivierung „nicht aktiver“ Truppenteile und Truppenformationen anzukündigen ist;
- Absätze 38 bis 46.2, wonach eine militärische Aktivität immer dann der Ankündigung unterliegt, wenn sie mindestens 9000 Mann, 250 Kampfpanzer, 500 gepanzerte Kampffahrzeuge oder 250 Artilleriegeschütze (Kaliber 100 mm und darüber) umfasst;
- Absätze 47 bis 60, wonach die Teilnehmerstaaten verpflichtet sind, Beobachter zu verschiedenen Arten anzukündigender militärischer Aktivitäten einzuladen, bei denen die Stärke des eingesetzten Personals 13 000 Mann überschreitet, die Zahl der Kampfpanzer 300 erreicht oder überschreitet, die Zahl der gepanzerten Kampffahrzeuge 500 erreicht oder überschreitet und die Zahl der Artilleriegeschütze einschließlich Granatwerfer und Mehrfachraketenwerfer 250 erreicht oder überschreitet.

Darüber hinaus verstößt die Ukraine gegen Absatz 68, wonach die ukrainische Regierung verpflichtet ist, bis zum 15. November eines jeden Jahres schriftliche Angaben über militärische Aktivitäten zu übermitteln, an denen mehr als 40 000 Mann oder 900 Kampfpanzer oder 2000 gepanzerte Kampffahrzeuge oder 900 Artilleriegeschütze, Granatwerfer und Mehrfachraketenwerfer (Kaliber 100 mm und darüber) beteiligt sind. Nach Absatz 70 hat sich die Ukraine dazu verpflichtet, solche militärischen Aktivitäten nur dann durchzuführen, wenn sie rechtzeitig angekündigt wurden.

Wir betonen, dass die von der ukrainischen Regierung ergriffenen freiwilligen Transparenzmaßnahmen die Umsetzung der verbindlichen Bestimmungen des Wiener Dokuments nicht ersetzen können.

Herr Vorsitzender,

da im Forum regelmäßig einzelne Delegationen „Besorgnis“ über kurzfristig angesetzte Überprüfung der Gefechtsbereitschaft unserer Truppen geäußert haben, möchten wir anmerken, dass Russland mehrfach freiwillig den OSZE-Teilnehmerstaaten diese Inspektionen unter Angabe der genauen Parameter angekündigt und diese auch über größere militärische Übungen unterhalb der Schwelle des Wiener Dokuments informiert hat. So könnte ich zum Beispiel die gemeinsame russisch-belarussische Übung „Sapad 2018“, die Übung der Seestreitkräfte „Ocean Shield“ im Juli 2019 anführen, die überhaupt nicht unter die Bestimmungen des Wiener Dokuments fielen, und auch die jüngste kurzfristig angesetzte Überprüfung der Bereitschaft der Streitkräfte, auf die von der Ausbreitung von Viruskrankheiten ausgehenden Gefahren zu reagieren. Trotz der Tatsache, dass wir eine beispiellose Transparenz unter Beweis gestellt haben, hat eine Reihe von Teilnehmerstaaten diese für unzureichend erklärt. Vertreter einiger Länder haben sogar versucht zu behaupten, dass überhaupt keine Informationen zur Verfügung gestellt wurden (was insbesondere bei der Sitzung über den Strukturierten Dialog im Zuge der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz zu vernehmen war). Das wirft die berechtigte Frage auf: Wenn diese Teilnehmerstaaten den vorgelegten objektiven Informationen schon keine Beachtung schenken wollen, wären dann die zusätzlichen Transparenzmaßnahmen, auf denen sie bestehen, und die moderne Technologie in solchen Fällen wirklich in der Lage, Abhilfe zu schaffen?

Herr Vorsitzender,

abschließend möchten wir die Absicht der Russischen Föderation bekräftigen, die Praxis der Durchführung freiwilliger zusätzlicher Veranstaltungen fortzusetzen, um unsere Partner über die tägliche Arbeit der russischen Streitkräfte und die Durchführung militärischer Übungen unterhalb der ankündigungspflichtigen Parameter zu informieren; und wir werden weiterhin Vertreter der in Moskau akkreditierten Militärattachés zur Beobachtung dieser Übungen einladen. Wir werden bei Bedarf das Forum entsprechend unterrichten. Wir freuen uns, wenn unsere Partner unserem Beispiel folgen.

Danke, Herr Vorsitzender. Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beizufügen.



**Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Forum für Sicherheitskooperation**

FSC.JOUR/956

1 July 2020

Annex 4

GERMAN

Original: ENGLISH

950. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 956, Punkt 4 (d) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DES VERTRETERS DES KONFLIKTVERHÜTUNGSZENTRUMS**

Herr Vorsitzender,
liebe Botschafterinnen und Botschafter,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass das Konfliktverhütungszentrum (KVZ) den OSZE-Bericht 2020 an das Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen (UNODA) über die Umsetzung des Aktionsprogramms der Vereinten Nationen zu Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW) und seines Internationalen Rückverfolgungsinstrumentes mit der Dokumentennummer SEC.GAL/88/20 vom 25. Juni 2020 ausgearbeitet und zur Verteilung gebracht hat.

Der Bericht gibt einen Überblick über die Arbeit der OSZE auf dem Gebiet der SALW und SCA in den Jahren 2018 und 2019. Da dies das erste Mal ist, dass die Regionalorganisationen gebeten werden, den Bericht durch Ausfüllen eines Formulars zu übermitteln, enthält er auch Antworten zu den Mandaten und regionalen Instrumenten der Organisation, die für ihre Umsetzung des Aktionsprogramms der Vereinten Nationen relevant sind.

Abschließend möchte ich erwähnen, dass das KVZ beabsichtigt, den Bericht am 3. Juli 2020 dem UNODA vorzulegen. Der OSZE-Bericht wird ein Beitrag zu den Vorbereitungen für die siebte Zweijährliche Tagung der Staaten beitragen, die 2021 abgehalten wird. Die VN werden den Bericht auf der Website des UNODA veröffentlichen.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke, Herr Vorsitzender.

950. Plenarsitzung

FSK-Journal Nr. 956, Punkt 2 der Tagesordnung

BESCHLUSS Nr. 3/20
ZWEITES ZWEIJÄHRLICHES TREFFEN ZUR BEURTEILUNG DER
UMSETZUNG DER OSZE-DOKUMENTE ÜBER KLEINWAFFEN UND
LEICHTE WAFFEN UND ÜBER LAGERBESTÄNDE
KONVENTIONELLER MUNITION

Das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) –

unter Bekräftigung seiner Verpflichtung, seine Bemühungen zur Gewährleistung der vollständigen Umsetzung des OSZE-Dokuments über Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) (FSC.DOC/1/00/Rev.1, 20. Juni 2012), des OSZE-Dokuments über Lagerbestände konventioneller Munition (SCA) (FSC.DOC/1/03/Rev.1, 23. März 2011) und der diesbezüglichen FSK-Beschlüsse, einschließlich des FSK-Beschlusses Nr. 2/10 über den OSZE-Aktionsplan für SALW (FSC.DEC/2/10, 26. Mai 2010), zu verstärken,

unter Hinweis auf Abschnitt IV des SALW-Dokuments der OSZE, in dem die Teilnehmerstaaten vereinbarten, dass das FSK die Umsetzung der Normen, Grundsätze und Maßnahmen aus diesem Dokument regelmäßig – gegebenenfalls auch durch jährliche Überprüfungstreffen – überprüfen wird, und ferner übereinkamen, den Geltungsbereich und den Inhalt dieses Dokuments einer regelmäßigen Überprüfung zu unterziehen und das Dokument im Lichte seiner Umsetzung und der Arbeit der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen und Institutionen weiterzuentwickeln,

unter Hinweis auf den Ministerratsbeschluss Nr. 10/17 über SALW und SCA (MC.DEC/10/17/Corr.1), die Ministererklärung 2016 zu Hilfsprojekten der OSZE betreffend SALW und SCA (MC.DOC/3/16/Corr.1) und die Ministererklärung 2018 zu den Bemühungen der OSZE im Bereich der Normen und Praxisleitfäden für SALW und SCA (MC.DOC/5/18),

unter Hinweis auf das erste Zweijährliche Treffen zur Beurteilung der Umsetzung der OSZE-Dokumente über SALW und SCA, das am 2. und 3. Oktober 2018 in Wien stattfand, –

beschließt,

1. das zweite Zweijährliche Treffen zur Beurteilung der Umsetzung der OSZE-Dokumente über SALW und SCA am 13. und 14. Oktober 2020 in Wien gemäß dem vorläufigen

Zeitplan und den organisatorischen Modalitäten laut Anhang zu diesem Beschluss zu veranstalten;

2. das OSZE-Sekretariat um Unterstützung bei der Organisation dieses Treffens zu ersuchen;
3. die Teilnehmerstaaten der OSZE einzuladen, die Bereitstellung außerbudgetärer Beiträge für diese Veranstaltung zu prüfen.

**ZWEITES ZWEIJÄHRLICHES TREFFEN
ZUR BEURTEILUNG DER UMSETZUNG DER OSZE-DOKUMENTE
ÜBER KLEINWAFFEN UND LEICHTE WAFFEN UND ÜBER
LAGERBESTÄNDE KONVENTIONELLER MUNITION**

Wien, 13. und 14. Oktober 2020

I. Tagesordnung und vorläufiger Zeitplan

Dienstag, 13. Oktober 2020

- 10.00 – 11.00 Uhr Eröffnungssitzung (einschließlich Kaffeepause)
- Eröffnungserklärung des FSK-Vorsitzes
 - Eröffnungsrede des OSZE-Generalsekretärs (noch nicht bestätigt)
- 11.00 – 13.00 Uhr Weltweite Entwicklungen und Tendenzen bei der Verhütung, Bekämpfung und Unterbindung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen unter allen Aspekten und deren Auswirkungen auf den OSZE-Raum
- Einleitung durch den Moderator¹ der Sitzung
 - Hauptreferenten
 - Diskussion
- 13.00 – 15.00 Uhr Mittagessen
- 15.00 – 18.00 Uhr Arbeitssitzung I: Beurteilung der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen im Bereich SALW und SCA und Möglichkeiten zur Verbesserung; Fortschritte bei der Überprüfung und Aktualisierung der OSZE-Praxisleitfäden zu SALW und SCA (einschließlich Kaffeepause)
- Einleitung durch den Moderator der Arbeitssitzung

¹ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wurden nur die männlichen Funktionsbezeichnungen verwendet, die aber sinngemäß auch für alle anderen Geschlechter gelten.

- Vorträge
- Diskussion

Mittwoch, 14. Oktober 2020

- 10.00 – 13.00 Uhr Arbeitssitzung II: Der Hilfsmechanismus nach den OSZE-Dokumenten über SALW und SCA und aus der Sicht der Geber
- Einleitung durch den Moderator der Arbeitssitzung
 - Vorträge
 - Diskussion
- 13.00 – 15.00 Uhr Mittagessen
- 15.00 – 17.45 Uhr Arbeitssitzung III: Anwendung der OSZE-Praxisleitfäden für SALW und SCA und anderer internationaler Standards bei den Hilfsprojekten (einschließlich Kaffeepause)
- Einleitung durch den Moderator der Arbeitssitzung
 - Vorträge
 - Diskussion
- 17.45 – 18.00 Uhr Schlussitzung
- Schlussworte des Vorsitzenden des FSK

II. Organisatorische Modalitäten

Hintergrund

Der Ministerratsbeschluss Nr. 10/17 beauftragte das FSK unter anderem damit, auch in Zukunft die Ergebnisse der Überprüfungskonferenzen und Zweijährlichen Treffen der Staaten zu erörtern; weitere Schritte zur Steigerung der Effizienz von SALW- und SCA-Projekten und zur Verbesserung von deren Ergebnissen zu unternehmen, mit dem Ziel, den größtmöglichen Nutzen im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit den Herausforderungen im Zusammenhang mit SALW und SCA im Sinne der OSZE-Hilfsmechanismen laut den SALW- und SCA-Dokumenten und den einschlägigen FSK-Beschlüssen zu ziehen; und Möglichkeiten zu prüfen, wie die bestehenden OSZE-Maßnahmen zur Auseinandersetzung mit dem unerlaubten Handel mit SALW ergänzt werden können.

Die Ministererklärung 2018 zu den Bemühungen der OSZE im Bereich der Normen und Praxisleitfäden für SALW und SCA (MC.DOC/5/18) anerkennt die Notwendigkeit, dass

die OSZE ihre SALW- und SCA-bezogenen Normen und Praxisleitfäden sowie deren Umsetzung weiter verbessert.

Die Erklärung begrüßt die Abhaltung des ersten Zweijährlichen Treffens zur Beurteilung der Umsetzung der OSZE-Dokumente über SALW und SCA am 2. und 3. Oktober 2018 in Wien. Das Treffen diene als Plattform für eine Bestandsaufnahme der vorhandenen OSZE-Normen und -Praxisleitfäden und dazu, Bereiche für ihre Verbesserung und für die Zusammenarbeit zu ermitteln.

Organisation

Der FSK-Vorsitz wird den Vorsitz in der Eröffnungs- und der Schlussitzung führen.

Für jede Sitzung werden für die gesamte Dauer ein Moderator und ein Berichterstatter bestellt. Die Moderatoren haben die Aufgabe, die Diskussion zu erleichtern und zu verfolgen, während die Berichterstatter die Aufgabe haben, umgehend einen kurzen, schriftlichen, zusammenfassenden Bericht zur Verwendung durch den Vorsitzenden der Schlussitzung vorzulegen sowie eine schriftliche Zusammenfassung zu erstellen, die Eingang in den Bericht des Vorsitzenden findet. Die Berichterstatter werden den Moderatoren bei der Vorbereitung ihrer jeweiligen Sitzung behilflich sein.

In jeder Sitzung gibt es eine Einführung durch den Moderator, auf die mehrere Vorträge des Moderators, der Hauptreferenten oder anderer Experten zu bestimmten Aspekten des Themas folgen. Die Einführung und die Vorträge finden ihre Entsprechung in Eckpunktepapieren, die über den Moderator vor der Sitzung zu verteilen sind. Die Einführungen und Vorträge in den Sitzungen sollten so kurz gehalten sein, dass möglichst viel Zeit für die Diskussion zur Verfügung steht; sie sollten daher nur die wichtigsten Elemente der Eckpunktepapiere herausgreifen, um zu informieren und den Rahmen für die Diskussion abzustecken.

Für das Treffen gilt sinngemäß die Geschäftsordnung der OSZE. Es werden auch die Richtlinien für die Abhaltung von OSZE-Treffen (PC.DEC/762) berücksichtigt.

In allen Sitzungen wird für Dolmetschung aus allen und in alle sechs Arbeitssprachen der OSZE gesorgt. Der FSK-Vorsitz wird bis spätestens 14. Dezember 2020 einen Bericht über das Treffen vorlegen, einschließlich einer Zusammenfassung der während des Treffens vorgebrachten Vorschläge und Empfehlungen. Das OSZE-Sekretariat wird dem FSK-Vorsitz in allen die organisatorischen Modalitäten des Treffens betreffenden Angelegenheiten behilflich sein.

Teilnahme

Den Teilnehmerstaaten wird nahegelegt, hochrangige Vertreter – auch aus den Hauptstädten – zu dem Treffen zu entsenden. Die Kooperationspartner werden ebenfalls zur Teilnahme eingeladen.

Andere internationale und regionale Organisationen, die sich mit einschlägigen SALW- und SCA-Aktivitäten befassen, werden auch vom FSK-Vorsitz eingeladen.

Die Frist für die Online-Anmeldung endet am 21. September 2020.

Allgemeine Richtlinien für die Teilnehmer

Die vorherige Verteilung von Informationsmaterial, Übersichten und Erklärungen ist erwünscht. Im Interesse einer möglichst dialogorientierten Erörterung werden die Delegationen ersucht, offizielle Erklärungen nur schriftlich vorzulegen. Die Delegationen werden ersucht, ihre mündlichen Erklärungen auf fünf Minuten zu beschränken.

Richtlinien für die Hauptreferenten und die Podiumsteilnehmer

Um eine Diskussion innerhalb der zeitlichen Vorgaben zu ermöglichen, sind die Impulsreferate auf 15 bis 20 Minuten, die Einführungen und Vorträge in den Sitzungen auf 20 bis 25 Minuten und die Wortmeldungen/Fragen aus dem Saal auf fünf Minuten beschränkt.

Die Redner sollten in ihren Beiträgen in der Eröffnungs- und der Schlussitzung den Rahmen für die Diskussion abstecken und die Debatte zwischen den Delegationen durch entsprechende Fragen und eventuell durch Empfehlungen anregen; sie sollten sich auf die wichtigsten Punkte ihrer Beiträge konzentrieren. Die Redner sollten während der gesamten Dauer der Sitzung, in der sie das Wort ergreifen, anwesend und bereit sein, sich an der Debatte im Anschluss an ihren Vortrag zu beteiligen. Im Interesse einer möglichst dialogorientierten Erörterung sollten die offiziellen Erklärungen und Wortmeldungen in den Sitzungen so kurz und prägnant wie möglich sein und nicht länger als fünf Minuten dauern. Sofern es die Zeit erlaubt, sollten die Redner im Verlauf des Treffens auch zu anderen inhaltlichen Fragen beitragen. Eine vorherige Verteilung der Erklärungen und Wortmeldungen wird bessere Voraussetzungen für eine rege Diskussion schaffen.

Richtlinien für die Moderatoren und Berichterstatter

Der Moderator führt in der Sitzung den Vorsitz und sollte den Dialog zwischen den Delegationen fördern und lenken. Er sollte Diskussionsanstöße geben, indem er gegebenenfalls themenrelevante Punkte aus Sitzungen aufgreift, um die Diskussion zu verbreitern oder zu fokussieren. Die Moderatoren können dem Vorsitz Beiträge für den Bericht des FSK-Vorsitzes liefern.

Die Berichterstatter sollten im Anschluss an das Treffen schriftliche Berichte vorlegen. In diesen zusammenfassenden Berichten sollten die auf den entsprechenden Sitzungen erörterten Fragen beschrieben werden. Von persönlichen Meinungsäußerungen ist Abstand zu nehmen.

Richtlinien für die Vorlage und Verteilung schriftlicher Beiträge

Die Redner sollten den Moderatoren des Treffens ihre schriftlichen Beiträge bis spätestens 5. Oktober 2020 vorlegen. Die Teilnehmerstaaten und anderen Teilnehmer des Treffens werden auch ermutigt, eventuelle schriftliche Beiträge bis zu diesem Termin einzureichen.